

die sich darin aussprechende Hochachtung für die teilkirchlichen Strukturen. In der Einleitung betont Paul VI., er möchte zu den angeschnittenen Fragen mit den Bischöfen in ein Gespräch treten (*quasi colloquentes*). Ausdrücklich wird öfters gesagt, daß die Teilkirchen auf jeder Ebene bis hin zu den Pfarrgemeinden die päpstlichen Direktiven nach ihren Verhältnissen zu konkretisieren haben.

Der eigentliche *theologische* Schwerpunkt des Schreibens liegt jedoch auf der nachdrücklichen Einordnung Marias in die Kirche. Sie ist nicht über oder neben, sondern als Typus der Kirche in ihr beheimatet. Erst damit wird einer echten Marienverehrung der Weg freigelegt; darin ihre Bedeutung zur Entfaltung gebracht. Dies geschieht vor allem durch den Hinweis auf die Christozentrik, die das

Gesetz des Denkens und Handelns nicht nur der Mutter Christi, sondern auch aller Christen in der Kirche ist. Die Wende der Mariologie, die das Zweite Vatikanische Konzil eingeleitet hat, wird damit ausdrücklich bestätigt.

Abschließend sei noch eigens die im Rahmen des kurialen Stils außerordentlich klare und einprägsame Sprache des Schreibens hervorgehoben. Bei aller Behutsamkeit zeigt es einen unbeirrbaren Willen zur Reform. Freilich kommt es gerade hier auf die Rezeption und Kooperation der Teilkirchen an, wieweit sie erfolgreich sein wird. Man muß sich lebhaft wünschen, daß sie nicht ausbleibt. Es wäre ein schwerwiegendes Manko für die Kirche, wenn die maria-nisch-mariologische Krise andauern würde.

Wolfgang Beinert

Länderbericht

Rache der Geschichte

Kirche und Politik im Nordirlandkonflikt

„Sie müssen sich eines aus dem Kopf schlagen“, sagte der irische Primas, Kardinal Conway in einem persönlichen Gespräch. „Was in Nordirland vorgeht, hat nichts mit Religion zu tun.“ Die von dieser hochgestellten informierten Seite kommende Bemerkung mochte wie ein absurdes Paradox klingen. Sind in Nordirland nicht seit fünf Jahren Katholiken und Protestanten in einen von haarsträubender Grausamkeit gekennzeichneten Konflikt verstrickt? Feiern Tausende von protestantischen Mitgliedern des Oranierordens nicht alljährlich in ihren Triumphmärschen unter dem Rühren der Landsknechtsttrommeln, mit schrillum Pfeifenklang und papstfeindlichen Liedern den 300 Jahre zurückliegenden Sieg über die „Katholischen“, der die protestantische Vorherrschaft in Großbritannien besiegelte? Was Kardinal Conway meinte und was zweifellos stimmt, ist, daß das Nordirlandproblem vor allem politische, soziale, wirtschaftliche und ethnische Aspekte, das Religiöse überschattende Seiten hat.

Die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse

Nach der Volkszählung von 1971 beläuft sich die Gesamtbevölkerung Nordirlands auf 1 527 593, 35 Prozent der Bevölkerung ganz Irlands, 2,5 Prozent der Bevölkerung Großbritanniens. Die nordirische Bevölkerung hat sich

seit der Volkszählung von 1966 um 2,9 Prozent vermehrt. Das Gesamtgebiet der sechs nordirischen Grafschaften (Antrim, Armagh, Down, Fermanagh, Londonderry, Tyrone) umfaßt 14 120 qkm.

Aufgrund des Irlandgesetzes von 1920 hatte Nordirland einen von Großbritannien separaten Fiskus. Da die in Nordirland erhobenen Steuern jedoch nicht ausreichten, den Ausgabenetat zu decken, ist Nordirland seit 1930 von London durch Sonderzahlungen subventioniert worden, die seit Beginn der Unruhen im Jahr 1969 erheblich und seit der britischen Übernahme der Direktgewalten im August 1971 gewaltig gestiegen sind: 1971/72: 181 Millionen Pfund, 1972/73: 200 Millionen Pfund, 1973/74: 315 Millionen Pfund, 1974/75: 400 Millionen Pfund. Das britische Schatzamt hat außerdem für die nordirischen Lokalbehörden bestimmte Anleihen gewährt, die sich jährlich auf etwa 100 Millionen Pfund belaufen. Seit Beginn der Unruhen sind überdies die britischen finanziellen Hilfspfänder erhöht worden. So wurden für ein Entwicklungsprogramm 1970—75 weitere 75 Millionen Pfund angesetzt sowie 120 Millionen Pfund für arbeitsschaffende Projekte.

Die arbeitende Bevölkerung Nordirlands beträgt 554 900, davon sind 182 000 in der herstellenden Industrie beschäftigt, 79 000 (44 Prozent) in staatlich unterstützten Betrieben. Die Arbeitslosenzahl belief sich 1973 auf 6,6 Prozent

(34 026), 10 000 weniger als im Vorjahr. Seit 1969 waren nur 14 Industriebetriebe mit insgesamt 800 Arbeitsplätzen wegen Zerstörungsaktionen im Bombenterror zur Schließung gezwungen. Nichtsdestoweniger ist die industrielle Leistungskraft Nordirlands seit 1969 um 25 Prozent gestiegen.

Die direkten Kosten des nordirischen Terrorismus, insofern sie bereits bezahlte Entschädigung für zerstörtes Eigentum betreffen, belaufen sich seit 1969 auf 110 Millionen Pfund, das heißt 79 pro Kopf der Bevölkerung. Entschädigungszahlungen für erlittene Verletzungen sind bereits auf 7 Millionen Pfund angestiegen. Die Zahl der Opfer des Terrorismus umfaßte bis Anfang April 1981 Tote, darunter 212 britische Soldaten, 91 Mitglieder der drei nordirischen Polizeieinheiten und 686 Zivilpersonen. In Belfast werden wöchentlich eine Million von den Sicherheitstruppen der Leibvisitation unterzogen. In den ersten drei Monaten von 1974 wurden 264 Sprengattentate, 818 Schießereien, 21 Morde, insgesamt 60 Todesopfer und 396 Raubüberfälle verzeichnet, deren Gesamterlös — 150 795 Pfund — den Terroristen der IRA und den extremen protestantischen Banden zugute gekommen sein sollen.

Nordirland genießt die gleichen Begünstigungen in Sozialleistungen und in der verstaatlichten Medizin wie Großbritannien. Die höhere nordirische Arbeitslosenzahl, größere Familien und der schlechtere Gesundheitszustand werden für den höheren Anteil an Sozialleistungszahlungen in den nordirischen Löhnen — 13,9 Prozent — verglichen mit 8,8 Prozent in Großbritannien verantwortlich erachtet.

Der nordirische Lebensstandard ist generell niedriger als der britische, die Konzentration von Privatvermögen jedoch höher als in Großbritannien. Nach einer Untersuchung aus dem Jahre 1966 hatten 5 Prozent der nordirischen Bevölkerung 47 Prozent des persönlichen Eigentums, 60 Prozent wurden als Nichtbesitzende geführt. In Großbritannien besaßen damals 5 Prozent 43,7 Prozent des Besitzes, 45 Prozent waren Nichtbesitzer. In der Republik Irland besaß die oberste 5-Prozent-Schicht jedoch noch mehr, nämlich 71 Prozent des Besitzes, 65 Prozent waren Nichtbesitzer.

Das Wohnungsproblem in Nordirland läßt in den letzten 50 Jahren eine merkliche Verbesserung erkennen, die jedoch auch den heute kleineren Familien zugeschrieben werden muß. So hatten 1926 10,6 Prozent der Bevölkerung zu zweit in einem Zimmer gewohnt, 1951 6 Prozent, 1961 3,7 Prozent.

Die Arbeitslosenzahl von 1971 ergibt für Nordirland 8,1 Prozent, für das Vereinigte Königreich 3,6 Prozent, für die Republik Irland 8 Prozent. Die hohe Arbeitslosenzahl besonders in den katholischen Gebieten ist nach Ansicht der Experten jedoch nicht allein der von der Mehrheit gegenüber den Katholiken praktizierten Diskriminierung zuzuschreiben, sondern auch einer ganzen Reihe anderer Faktoren, wie der höheren Geburtenzahl der katholischen

Bevölkerung, der sogenannten ‚protestantischen Arbeitsethik‘ und nicht zuletzt dem Umstand, daß die katholische Bevölkerung weitgehend in den industriearmen östlichen, an die Irische Republik grenzenden Regionen härter von der Arbeitslosigkeit getroffen wird. In Londonderry sind daher zum Beispiel eine Reihe von Arbeitsbeschaffungsprojekten gestartet worden, die den berechtigten katholischen Klagen Abhilfe schaffen sollen.

Was das religiöse Problem Nordirlands anbelangt, ergab eine vom britischen Werbefernsehen 1968/69 veranstaltete Umfrage ein weit höheres religiöses Interesse in Nordirland als in England. 76 Prozent der Nordiren erklärten sich religiös stark beeinflusst, verglichen mit nur 46 Prozent in Großbritannien. In Großbritannien erklärten 22 Prozent der Befragten, keine kirchliche Bindung zu haben, in Nordirland nur zwei Prozent. Der römisch-katholische Bevölkerungsanteil ist seit 1926 durch seine höhere Geburtenrate von 33,5 Prozent auf 34,9 Prozent im Jahr 1961 angewachsen. Daß die Katholiken in Nordirland die Mehrheitsstellung auf diese Weise erreichen können, wie von den Protestanten befürchtet wird, ist von Statistikern auf die frühen Jahrzehnte des 21. Jahrhunderts in Aussicht gestellt worden. Die religiöse Zugehörigkeit Nordirlands verteilt sich wie folgt:

	Nordirland	Großbritannien
Church of England oder Irland	25 Prozent	50 Prozent
Römische Katholiken	36 Prozent	9 Prozent
Methodisten	5 Prozent	6 Prozent
Presbyterianer (die Nachkommen der schottischen Einwanderer des 17. Jahrhunderts)	30 Prozent	5 Prozent
Andere	3 Prozent	8 Prozent
Keine Religionszugehörigkeit	2 Prozent	22 Prozent

(Die oben angeführten statistischen Aufstellungen sind von der Londoner Zeitschrift *New Society* am 7. Juni 1973 von Ronald Cooper und Therese O'Shea von der Universität Belfast unter dem Titel ‚Northern Ireland: Survey of Social Trends‘ in ausführlicher Weise, jedoch mit starken Vorbehalten über die Verlässlichkeit des existierenden Zahlenmaterials veröffentlicht worden.)

Katholiken und Protestanten

Wenn man von „Katholiken“ oder „Protestanten“ spricht, was auf die Minderheit (500 000) bzw. Mehrheit (1 Million) bezogen wird, handelt es sich dabei nicht so sehr um eine eigentlich konfessionelle wie um eine der knappen Charakterisierung willen gewählte Bezeichnung für die beiden Volksgruppen. Sie „Republikaner“ und „Loyalisten“ zu nennen, entspräche zwar dem mehr oder weniger starken vom katholischen Bevölkerungsteil bevor-

zugten Konzept einer politischen Union mit der Dubliner Irischen Republik bzw. dem von der protestantischen Mehrheit mehr oder weniger stark bekundeten Wunsch nach weiterer Zugehörigkeit zur Union mit Großbritannien, wäre aber dem Außenstehenden nicht so leicht begreiflich. Man könnte auch von Guelfen und Ghibellinen sprechen, gewissermaßen von modernen Nachfahren der im italienischen 13. Jahrhundert für den Papst und städtische Selbständigkeit bzw. für den Kaiser kämpfenden Parteien, aber die historischen Parallelen aus den Religionskriegen vergangener Jahrhunderte sind für das Nordirlandproblem genauso unergiebig wie die neueren marxistischen Versuche, Nordirland als ein reines Kolonialproblem Großbritanniens mit entsprechender revolutionärer Gewaltlösung sehen zu wollen. Am ehesten wäre das Nordirlandproblem noch verständlich, wenn die beiden Gemeinschaften als „Schwarze“ und „Weiße“ unterschieden werden könnten.

Natürlich stehen die Banden-Konfrontationen der katholischen „Provos“ der irisch-republikanischen Armee (IRA) und der protestantischen Extremisten dem Geist und der Lehre der einen wie der anderen Kirche diametral entgegen. Es geht nicht um theologische Streitfragen wie Transsubstantiation oder kalvinistische Vorherbestimmungslehre, die den Reformationskriegen zugrunde lagen. Bemerkenswert in Nordirland ist geradezu das Fehlen jeglicher intelligenten theologischen Diskussion. Protestanten sind den Katholiken auch nicht als solche verhaßt. Unter den Protestanten würde selbst der als Katholikenfresser bekannte Sektenprediger *Ian Paisley* die Notwendigkeit einer religiösen Koexistenz einsehen.

Die religiösen Hintergründe, ja die religiöse Symbolik des Konflikts ganz in Abrede stellen zu wollen, wäre jedoch genauso verfehlt, wie sie zu überschätzen. Weder die katholischen noch die protestantischen Kirchen können sich ihrer Mitverantwortung so leicht entziehen. Tatsache ist, daß die im Zuge der englischen Unterdrückung Irlands im 17. Jahrhundert nach dem Nordosten verpflanzten Engländer und Schotten sich jeder Assimilierung widersetzen, wie diese vom 13. bis zum 15. Jahrhundert den keltischen, wikingischen, normannischen und englischen Ansiedlern in Irland gelungen war. Die irische Urbevölkerung und die zumeist presbyterianisch-protestantischen Zuwanderer in Nordirland bewahrten ihre religiösen Eigenständigkeiten und Antagonismen durch 300 Jahre in gettoähnlichen, jedoch in gleichen Städten und Dörfern, häufig in den gleichen Straßen, kontaktlos nebeneinanderlebenden Gemeinschaften. Mischehen waren beiderseits praktisch ausgeschlossen, und auch die neuere, vom Zweiten Vatikanum beeinflusste liberale Einstellung der katholischen Kirche zum Problem der Mischehe ist bisher in dieses nördliche Randgebiet Europas nicht durchgedrungen. Das katholische Bestehen auf eigenen Schulen, in denen bewußt oder unbewußt die Gettomentalität gefördert wird, nicht zuletzt im Geschichtsunterricht, konnte die Fronten-

stellung nur fördern. Andererseits muß festgestellt werden, daß die katholische Weigerung, sich der Konfessionsschulen im Interesse einer Lösung des nordirischen Konflikts zu veräußern, insofern begründet ist, als die Konfessionsschulen nur eines von vielen, das nordirische Zusammenleben gefährdenden Elementen ist und gewiß nicht das ausschlaggebende. Die entzweierenden Auswirkungen der Konfessionsschulen ergeben sich notgedrungen aus einer kulturkampffähnlichen Situation.

Die protestantische Mehrheit ihrerseits steht dem Katholizismus mit geradezu pathologischem Haß gegenüber, fürchtet als Minderheit in einem vereinten Irland unterzugehen, wie die Katholiken Grund zur Befürchtung um ihren Minderheitsstatus im nordirischen Staat hatten. Mißtrauen und Angst sind beiden Lagern eigen. Die Katholiken können auf ein halbes Jahrhundert der Unterdrückung und Behandlung als zweitklassige Bürger verweisen. Die Protestanten halten in völliger Verkenning der katholischen Wirklichkeit im Süden die irische Republik für einen theokratischen Staat. Trotz der bereits durchgeführten Abschaffung des die Sonderstellung der katholischen Kirche betreffenden Paragraphen in der Verfassung der Republik Irland (Artikel 44, Absatz I, 2) sind nicht zuletzt die Präambel dieser Verfassung sowie der im Artikel 2 verzeichnete Jurisdiktionsanspruch auf die gesamte Insel dazu angetan, die nordirischen protestantischen Befürchtungen zu bestärken. Daß die Republik keine Ehescheidungen kennt (Artikel 41 der Verfassung), die Herstellung, den Verkauf oder die Einfuhr von Kontrazeptiva verbietet und eine Bücherzensur aufrechterhält, kann den nordirischen Protestanten ein Zusammengehen mit der Republik nur als Rückschritt ins Mittelalter erscheinen lassen. Auch die Toleranz, die den Protestanten in der irischen Republik erwiesen wird, wo sie eine verschwindende, aber sozial gehobene Minderheit bilden, hat gewisse Kehrseiten. Im Norden wird wiederum protestantischerseits befürchtet, im eigenen Land von der kinderreichen katholischen Minderheit oder in einem gesamtirischen Staat erdrückt zu werden. Auch der protestantische Bevölkerungsrückgang in der irischen Republik kann statistisch auf die Mischehen zwischen Katholiken und Protestanten zurückgeführt werden, deren Kinder katholisch erzogen werden müssen.

Auswirkungen der Gewalttätigkeit

Die religiösen Spaltungen schneiden noch tief in das tägliche Leben Nordirlands ein. Metzger, Ärzte, Freunde, Bücher werden nach der konfessionellen Zugehörigkeit ausgewählt. In der Unterhaltung mit Fremden hat man auf der Hut zu sein, muß sich ständig fragen, mit wem man es zu tun habe, wo der andere stehe. Der protestantische Bischof von Clogher in Nordirland, ein Mann starker ökumenischer Gesinnung, sagte: „Wer in dieser Situation aus Pflichtgefühl oder aus reiner Vernunft Einspruch erheben, zur Versöhnung raten oder den enormen

Abgrund überbrücken möchte, wird scheel und als gefährlicher Neuerer angesehen. Wir benützen zwar dieselben Omnibusse und Straßen, eventuell auch die gleichen Theater, Kinos, aber unsere Kirchen mit anderen zu teilen, finden wir unmöglich.“

An Zeichen einer christlichen Annäherung fehlt es in Nordirland dennoch nicht. Katholische und protestantische Laien haben sich zum Dialog, zur Zusammenarbeit in gemeinsamer Sorge um das Land zusammengetan. Vertreter der katholischen Hierarchie und der protestantischen Kirche studieren gemeinsam Probleme wie Armut, Arbeitslosigkeit, Wohnungswesen, Drogensucht, Alkoholismus. Liberal gesinnte Elemente in allen Kirchen sind mehr denn je bereit, sich mit den eigentlichen Problemen Nordirlands auseinanderzusetzen, einerseits die Katholiken aus der Umklammerung der Terroristen zu befreien und die Provos nicht wie bisher mit den gleichen katholischen Patrioten zu identifizieren, die einst für Irlands Unabhängigkeit von England ihr Leben ließen. Andererseits möchte man die Befürchtungen der Protestanten mindern und ihnen unter Garantie ihrer religiösen Rechte eine Rolle in einem neuen Irland ermöglichen, die ihre gefühlsmäßige Bindung an das gar nicht mehr bestehende protestantische England ersetzen könnte. Im irischen Süden wie im Norden aber sind die Stimmen der Kirchen schwach geworden, finden Gehör weder bei den Terroristen der IRA und den rechtsradikalen Protestanten noch bei der wachsenden Zahl derer, die heute jede religiöse Bindung ablehnen. Ganz abgesehen von den Todesopfern, den Verletzten in Sprengstoffattentaten, den unermesslichen Sachschäden des Terrorismus, sind die spiritueller und moralisch schädigenden Auswirkungen der Zerreißprobe Nordirlands gar nicht zu ermessen. Es herrscht bereits ein allgemeines Klima der Gesetzlosigkeit und sozialen Unordnung, der passiven Hinnahme von Gewalttätigkeit, Zerstörung, Unehrlichkeit, Mißachtung des menschlichen Lebens und der Menschenrechte. Erschreckend ist die *gezielt betriebene Korruption der Jugendlichen*, heute Hauptagenten der IRA und der noch weit ungezügelter Racheakte ausübenden extremen protestantischen Banden.

Die Auswirkungen der Gewalttätigkeit in ihrer Umgebung auf die Schuljugend von Ulster werden von einer Untersuchung des Soziologen *James Russell* an der schottischen Universität Strathclyde belegt („Civic Learning in Ulster“, University of Strathclyde 1973). Russells Umfrage bei 2000 Mittelschülern und 1000 Elementarschülern ergab, daß nicht weniger als zwei Drittel dieser 8- bis 15-jährigen politische Gewalttaten billigen, drei Fünftel das Recht zu aufrührerischer Tätigkeit für sich in Anspruch nehmen und 35% aussagen, sie würden sich nicht scheuen, an einem Aufruhr auf der Straße mitzumachen. Fast alle erklärten sich gegen Gewalttätigkeit, die nicht mit politischen Zielen verbunden ist. Sie würden z. B. nicht Steine oder Benzinbomben sinnlos in leere Häuser werfen. Russell meint, damit die in Ulster weitverbreitete Ansicht

widerlegen zu können, daß diese in politischen Demonstrationen mitwirkenden Kinder auch in anderem Zusammenhang randalieren würden, also gewöhnliche Radaubröder seien. Die Hälfte der von Russell Befragten erklärte, daß *alle* Angehörigen der gegnerischen Konfession ihre Feinde seien und die Vernichtung der eigenen Konfession und Lebensweise anstrebten. Fast 90% der Befragten akzeptierten Gewalttätigkeit als zum täglichen Leben gehörend. Zunehmend werden 12- bis 14-jährige Jungen und Mädchen als Bombenleger von der IRA und zu anderen Terrorakten verwendet, was zumindest dem Erweis dienen kann, daß die IRA wachsende Schwierigkeiten hat, Rekruten anzuwerben.

Während im irischen Süden, z. B. in dem führenden Priesterseminar von Maynooth, einst eine Hochburg des Getto-Katholizismus, heute eine moderne Theologie der christlichen Versöhnung gelehrt wird, bleibt in Nordirland der katholische Anteil an ökumenischer Annäherung noch weitgehend hinter dem protestantischen zurück. Die katholische Führungsspitze ist heute immerhin bereit, wovor sie sich vor drei Jahren noch aus irischem Nationalgefühl scheute, den IRA-Terrorismus eindeutig zu verurteilen. In Dublin wäre es heute wohl nicht mehr möglich, daß gleich zwei Erzbischöfe den hungerstreikenden IRA-Führer *MacStiofain*, der mehr als irgendein anderer für die brutalen Gewaltverbrechen der IRA verantwortlich war, im Krankenhaus besuchen würden. Dennoch kann man sich in Nordirland nicht des Eindrucks erwehren, als ob die katholisch-kirchenamtliche Stimme des christlichen Gewissens noch viel zu sehr von diplomatisch-vorsichtigen Orakelsprüchen übertönt wird. Die Christen scheinen einem gefährlichen Extremisten wie Pastor *Paisley* ganz das Feld überlassen zu haben.

Die politischen Versäumnisse

Den Versäumnissen der Vergangenheit auf kirchlicher Seite stehen die politischen Versäumnisse und Fehlentscheidungen nicht nach. Der irische Unabhängigkeitskampf des 19. Jahrhunderts, der dann in dem Dubliner Osteraufstand von 1916 seinen Höhepunkt fand, stieß im Norden auf die Weigerung der protestantischen Bevölkerung, eine Trennung von England und Irland zuzulassen. Mit dem „Government of Ireland Act“ von 1920 entsprach die britische Regierung dem damaligen nordirischen Schlagwort „Home-Rule is Rome Rule“, indem sie dem Verband des Vereinigten Königreiches untergeordnete gesetzgebende Körperschaften und Regierungen für Nord- und Südirland schuf sowie in einem gesamtirischen Rat die Möglichkeit der Zusammenarbeit der beiden Teile Irlands um ihrer zukünftigen Wiedervereinigung offenließ. Nach dem südirischen Bürgerkrieg und der Ablehnung dieser Vorschläge bildeten die südlichen 26 Grafschaften den irischen Freistaat außerhalb des Vereinigten Königreiches, aus dem 1948 die ganz unabhängige irische Republik hervorging. Aus den sechs nördlichen Grafschaft-

ten wurde das innenpolitisch weitgehend selbständig belassene nordirische Staatswesen geschaffen, dessen Sicherheits- und Außenpolitik in den Händen der Londoner Regierung blieb. Mit dem Gesetz von 1920 erzielten die Engländer allerdings das Gegenteil von dem, was sie bezweckt hatten. Zunächst wurde die Spaltung Irlands und die künstliche den Norden vom Süden trennende Grenze zu einem das Irlandproblem über das nächste halbe Jahrhundert ständig überschattenden Konfliktstoff. Überdies wurde dem nordirischen Parlament, dem Stormont, eine ständige und absolute Mehrheit in der Form des unionistischen Parteimachtmonopols einverleibt. Die den nordirischen Machthabern von London konzedierte internen Gewalten, vor allem auf dem Gebiet der internen Sicherheit, wurden gegen die katholische Minderheit diskriminierend angewendet, zumal diese aufgrund ihres Gefühls der Zugehörigkeit zum republikanischen Irland der Untergrabung des nordirischen england-treuen Staates bezichtigt werden konnte. Von den Katholiken konnte der so betont protestantische und anti-katholische Charakterzüge tragende nordirische Staat kaum auch Loyalität erwarten.

Beschwerden der katholischen Minderheit, von den Nordirland durch die britische Verbindung wirtschaftlich zugutekommenden höheren Sozialleistungen, von dem wachsenden Wohlstand ausgeschlossen zu sein, sowie ihre Unfähigkeit, sich die politische Gleichberechtigung zu sichern, führten in den späten sechziger Jahren, und mit dem Erstarken einer katholischen Mittelklasse, zum Entstehen der Bürgerrechtsbewegung. Ihr Ziel war vor allem die Beseitigung der im kommunalen Wohnungswesen, auf dem Arbeitsmarkt und im Kommunalwahlrecht die Katholiken treffende Diskriminierung, die die von *Lord Cameron* geführte Untersuchungskommission (*Disturbances in Northern Ireland, Command Paper 532, H.M.S.O. 1969*) nur zu bestätigen vermochte. Die *Bürgerrechtsbewegung* war anfangs weitgehend katholisch und wollte ihre Ziele mit den Mitteln des passiven Widerstandes erreichen. Die Unterwanderung der Bewegung durch militante Republikaner mit eigenen politischen Zielen veränderte jedoch bald den Charakter der Bewegung und bestärkte vor allem protestantische Extremisten in ihrem, anfangs jedoch noch unbegründeten Glauben, es nicht nur mit einem Aufleben der seit der Gründung der irischen Republik die Existenz Nordirlands bedrohenden IRA, sondern einem bewaffneten Aufstand zu tun zu haben.

Im Oktober 1968 kam es zu einem ersten heftigen Zusammenstoß zwischen der Polizei und einem gegen das Verbot des Innenministers *Craig* veranstalteten Protestmarsch der Bürgerrechtsbewegung in Londonderry. Weitere Zusammenstöße mit der Polizei und den von Pastor *Paisley* geführten protestantischen Banden und Aufruhr folgten im August 1969 in Belfast und anderen Orten. Die von dem Oberrichter *Scarman* geleitete Untersuchung (*Violence and Civil Disturbances in Northern Ireland in 1969, Command Paper 566, H.M.S.O. 1972*) erklärte:

„Weder die IRA noch irgendeine protestantische Organisation oder andere planten einen Aufstand. Es handelte sich um kommunale, aus einer komplexen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Situation entstehende Unruhen. Häufig waren die Anlässe geringfügig, aber die kommunalen Spannungen waren derart, daß sie, einmal zum Ausbruch gekommen, nicht mehr kontrolliert werden konnten.“

Die nordirische Regierung sah sich allmählich außerstande, mit ihren Polizeieinheiten und selbst bei Verwendung von CS-Tränengas der Unruhen Herr zu werden, die vor allem durch die brutalen Eingriffe und Rachezüge in den katholischen Vierteln der berüchtigten Sonderpolizei (B-Specials) noch verstärkt wurden. Britische Truppen, die zur Bewachung von Elektrizitäts- und Wasserwerken eingesetzt worden waren, wurden am 16. August 1969 auf Anforderung des nordirischen Premierministers zur Unterstützung der zivilen Ordnungsmächte entsendet. Die britische Regierung mußte sich allmählich bewußt werden, daß die bisherigen Beziehungen zwischen London und Belfast auf der Grundlage der „übertragenen Regierungsgewalten“, unter denen sogar die Diskussion nordirischer Probleme im Unterhaus nur in ganz allgemeiner Weise erlaubt war, einer Änderung bedurften. Eine viel tiefere Verwicklung der britischen Regierung in die internen Angelegenheiten Nordirlands ließ sich nicht länger vermeiden.

Erfolge und Mißerfolge Londons

So kam es am 19. August 1969 zu der Londoner Konferenz der nordirischen und britischen Regierungsvertreter, die dem britischen Oberbefehlshaber in Nordirland die Gesamtverantwortung für alle Sicherheitsoperationen und auch das Kommando der nordirischen Polizeieinheiten übertrug. Zum erstenmal wurde ein direkter Bevollmächtigter der britischen Regierung in Belfast ernannt. In der sogenannten „Downing-Street-Erklärung“ (*Command Paper 4154, H.M.S.O. 1969*) wurde wie schon von früheren britischen Regierungen erneut bekräftigt, daß Nordirland nur mit Zustimmung seiner Bevölkerung aus dem Verband des Vereinigten Königreichs austreten könne. Zugleich wurden allen Bürgern Nordirlands die gleichen Rechte und die Diskussionsfreiheit ohne Unterschied der politischen Ansichten oder der Religion zugesichert.

Zu diesem Zeitpunkt hatte die irische republikanische Armee, also das terroristische Instrument der republikanischen Sinn-Fein-Partei, sich noch nicht ganz von den Schlägen erholt, die sie in den fünfziger Jahren in Nord- und Südirland, wo sie eine verbotene Organisation war, getroffen hatten. Die brutalen pogromähnlichen Ausschreitungen der nordirischen Polizei in den katholischen Vierteln Londonderrys und Belfasts gaben der IRA die neue und willkommene Chance, als Interessenvertreter und Beschützer der katholischen Bevölkerung aufzutreten und

ihren alten Ruf als patriotische Kämpfer für die Freiheit Irlands und gegen das britische koloniale Joch mit Unterstützung einer Massengefolschaft zu stärken. Rivalenkämpfe innerhalb der IRA führten zu einer Spaltung zwischen dem sogenannten „offiziellen“, „roten“ Flügel marxistischer, international revolutionärer und irisch-republikanischer Ausrichtung und der „grünen“, nationalistisch-irischen, die Wiedervereinigung der Insel mit Gewaltmitteln anstrebenden IRA. Die politischen Umstände spielten der IRA insofern in die Hände, als sie, falls die von der Bürgerrechtsbewegung geforderten Reformen bewilligt werden würden, den Erfolg auch für sich mitbeanspruchen könnte. Falls aber die jede Konzession an die Katholiken ablehnenden rechtsradikalen Unionisten Reformen verweigern würden, wäre mit einer Spaltung in der Regierungspartei zwischen den gemäßigten und konzessionsbereiten und den extremen protestantischen Unionisten zu rechnen, die es der IRA ermöglichen könnte, das irische Volk in die „national-sozialistische“ oder die bereits von Marx erhoffte kommunistische Revolution Irlands zu führen. Dieses langfristige Ziel wurde sehr geschickt, mit den bewußt oder unbewußt erteilten Handlangerdiensten der Weltmedien, propagiert. Die 50jährige Leidenszeit der nordirischen Minderheit konnte nur das Mitleid der Welt und Abscheu für die protestantischen Machthaber und ihrer knüppelschwingenden Polizeihorden erwirken. Daß die Dinge nicht ganz so einfach lagen, daß das nordirische Regime zumal in den letzten Jahren viele Reformen eingeführt hatte, daß die höhere Arbeitslosigkeit in katholischen Gegenden nicht notwendigerweise auf protestantische Voreingenommenheit, sondern die wirtschaftliche Notlage dieser Gegenden zurückgeführt werden konnte, änderte nichts an der Tatsache, daß das durch 50 Jahre von der nordirischen Mehrheit ausgeübte Machtmonopol eine verdiente Nemesis traf.

Die IRA als Hindernis einer politischen Lösung

Die britischen Truppen waren anfangs von der katholischen Bevölkerung als Beschützer und Befreier von der verhaßten nordirischen Polizei begrüßt worden, wurden aber allmählich, trotz aller Gegenbeweise, als ein nur der unionistischen Regierung dienendes Machtinstrument angesehen. Überdies waren die Truppen nicht gerade dazu geeignet, ihre Waffenfahndungsaktionen, von denen die katholische Minderheit auch mehr als die protestantischen Extremisten betroffen schienen, besonders diplomatisch durchzuführen. Unter dem Befehl ihres Hauptquartiers in Dublin, aber mit nordirischen am Ort angeworbenen Rekruten, betrieb die IRA eine geschickte Politik der Aufhetzung der Bürgerrechtsdemonstranten, meistens Jugendliche und Frauen, die zuerst mit Steinen oder Benzinbomben, später mit Waffen und Sprengstoff gegen die Truppen vorgingen, die am Bildschirm als neue „Unterdrücker“ Irlands aufscheinen konnten. Die eigentliche Aufgabe der

Armee, die beiden feindlichen Volksgemeinschaften voneinander zu trennen, erforderte immer weitere Truppenverstärkungen (bis zu 21 000), verwickelte die Armee jedoch notgedrungen in den politischen und ethnischen Konflikt, bei schweren Verlusten seitens der IRA-Scharfschützen. 211 britische Soldaten und fast 100 nordirische Polizisten wurden seit 1969 umgebracht. Trotz ihrer Übermacht, aber im zivilen Einsatz mit gebundenen Händen kämpfend, polizeiähnliche Aufgaben verrichtend, für die sie nicht geeignet sind, diente die britische Truppenpräsenz statt der Entschärfung der Steigerung des Partisanenkampfes. Die von der von *Lord Hunt* geleitete britische Untersuchungskommission empfohlene Auflösung der „B-Specials“ und Reformen in der nordirischen Polizeistruktur wurden 1970/71 durchgeführt, desgleichen die von der Minderheit geforderten Reformen im Kommunalwahlrecht, in der Wohnungszuteilung, im Arbeitsmarkt. Ein Ombudsmann wurde ernannt, der Beschwerden nachgehen und Mißstände beseitigen sollte, Maßnahmen zur Beendigung der Diskriminierung und zur Wirtschaftshilfe für die irischen Notstandsgebiete wurden eingeführt. Wie in der französischen und russischen Revolution genügte die Befriedigung der Reformwünsche nicht mehr.

Aber das hinderte die IRA nicht. Mit Sprengstoff- und Brandstiftungsattentaten steigerte die IRA die bürgerkriegsnahe Situation. Gleichzeitig setzte eine Kampagne sektiererischer Morde seitens protestantischer und katholischer Extremisten ein. Zum Schutz der Bevölkerung und Wahrung der Rechtsordnung wurde von der nordirischen Regierung, mit Londoner Unterstützung, im August 1971 die Internierung, wie sie in Irland schon früher zur Bekämpfung der IRA gedient hatte, der Terrorismus-Verdächtigen ohne vorherige Gerichtsverhandlung eingeführt. Der Hauptgrund für diese Maßnahme war, daß unter den angedrohten Repressalien seitens der Provos Richter, Schöffen und Zeugen vor einer Verurteilung oder Überführung der Provos zurückschreckten. Da die Internierung jedoch hauptsächlich die Minderheit traf und auch den Rücktritt der katholischen Abgeordneten vom Stormont-Parlament bewirkte, wurden die Chancen einer politischen Lösung des nordirischen Konfliktes nur noch erschwert. In einer festgefahrenen Situation traf die Regierung den Beschluß, im Interesse einer Beendigung des Terrorismus und um Nordirland eine von der Vergangenheit unbelastete politische Zukunft zu sichern, selbst die bisher mit den nordirischen Machthabern geteilt ausgeübte Verantwortung für Recht und Ordnung zu übernehmen.

Die Regierung *Brian Faulkners* sah sich außerstande, diesen Funktionsverlust anzunehmen und trat zurück. Im März 1972 verabschiedete das britische Parlament ein provisorisches Gesetz, durch das der nordirische Stormont auf ein Jahr aufgehoben und die bisher von der nordirischen Regierung ausgeübten Gewalten dem Nordirlandminister *William Whitelaw* und durch ihn Westminster unterstellt wurden. Die Entmachtung der seit 50 Jahren Nordirland regierenden Politiker kam völlig verblüffend

für die katholische Minderheit und wurde von der Mehrheit als schwerer Verrat seitens ihrer britischen Freunde empfunden. Beide Flügel der IRA reagierten im Mai und Juni mit einer Kampfeinstellung. Whitelaw machte sich sofort an die Arbeit, einen neuen politischen Konsens der verschiedenen politischen Gruppen zu erzielen. Ein geheimes Londoner Treffen des Nordirlandministers mit Führern der IRA-Provos im Juli, dem nur weitere Sprengstoff- und Mordanschlagsattentate folgten, hatte Whitelaw später öffentlich zu bedauern. Er versprach dem Unterhaus, nie wieder mit den Partisanen zu verhandeln. Im September 1972 fand unter Whitelaws Vorsitz in Darlington in Nordengland eine Konferenz der Unionisten, der liberalen Allianz-Partei und der beiden nordirischen Labour-Parteien statt, die der britischen Regierung ihre Programme unterbreiteten. In einem im Oktober veröffentlichten „Diskussions-Dokument“ (The Future of Northern Ireland, H.M.S.O.) wurden diese Programme veröffentlicht und in den Zusammenhang der britischen Verfassungsvorschläge für Nordirland gesetzt, die zum erstenmal die britische Anerkennung einer „irischen Dimension“ des Nordirlandproblems enthielten, also eines gewissen Dubliner Mitspracherechts, das London bisher ausdrücklich verweigert hatte. Eine Volksabstimmung, mittels der den Wünschen der nordirischen Mehrheit Rechnung getragen wurde, ergab am 8. März 1973, erwartungsgemäß, daß eine überwältigende Mehrheit, 591 820, für das weitere Verbleiben Nordirlands im britischen Bereich stimmten, nur 6453 dagegen.

Das neue „System“

Die politischen Konsultationen führten zu dem am 20. März 1973 veröffentlichten britischen Weißbuch mit konkreten, von den zur Zusammenarbeit bereiten nordirischen politischen Parteien unterstützten Vorschlägen für eine nordirische Verfassung mit einer 80 Abgeordnete umfassenden Kammer, die auf der Grundlage des Proporzsystems der einfachen übertragbaren Stimme gewählt werden würde. Die britische Regierung behielt sich die direkte Gewaltenausübung in bestimmten Ressorts, wie z. B. Besteuerung, Kontrolle des Notzustandes, Strafrecht und der gesamten auch die Polizeiverwaltung umfassenden Gebiete von Recht und Ordnung vor. Die allmähliche Rückerstattung gewisser Funktionen an die vorgesehene neue nordirische Regierung wurde von deren Wirksamkeit abhängig gemacht. Das Weißbuch wurde von den Sozialdemokraten und Labour Party, den Hauptvertretern der Interessen der katholischen Minderheit und der Unionistischen Partei Faulkners mit Vorbehalten akzeptiert.

Die Neuwahlen für die neue nordirische Volkskammer am 30. Juni 1973 führten bei der hohen Wahlbeteiligung von 72% zu folgendem Ergebnis: Die „offiziellen Unionisten“ Faulkners: 22 Sitze, katholische SDLP: 19, die beiden rechtsradikalen Gruppen: Loyalisten und „inoffi-

zielle“ Unionisten (das sind also die die britischen Vorschläge boykottierenden Rechtsradikalen): 18 bzw. 10 Sitze, (liberale) Allianz-Partei: 8 Sitze, nordirische Labour Party: 1 Sitz. Bemerkenswert war, daß die Katholiken in der SDLP zur zweitstärksten Partei Nordirlands geworden und der unionistische Machtblock sichtlich in Auflösung war. Die starke von den Rechtsradikalen gewählte Vertretung verweigerte nach wie vor jegliche Zusammenarbeit mit den Katholiken in der neuen Volkskammer. Das britische Zugeständnis eines Dubliner Mitspracherechts Nordirlands führte zu der bemerkenswerten Annäherung in den seit 50 Jahren getrüben Beziehungen zwischen Großbritannien und der irischen Republik. Der irische Premierminister *Liam Cosgrave*, der Fine-Gael-Partei zugehörig, die nicht wie die Fianna-Fail-Partei seines Vorgängers *Jack Lynch* die historische Belastung des irischen Unabhängigkeitskampfes trägt, konnte diese diplomatische Wendung mitherbeiführen und im Juli 1973 bei einem Londoner Besuch bei Ex-Premier *Edward Heath* einen britischen Truppenabzug von Nordirland, wie dieser von der IRA gefordert wird, ein „Rezept zum offenen Bürgerkrieg“ nennen. Ein Besuch von Heath in Dublin, der erste eines britischen Premiers seit 50 Jahren, beleuchtete die noch zwischen London und Dublin verbleibende Problematik: erstens die von der britischen Regierung als unzureichend erachteten Aktionen der irischen Behörden gegen die die Republik als Stütz- und Fluchtpunkt verwendende IRA; zweitens die vor allem von Dublin (gleichzeitig mit dem neuen Regierungssystem in Nordirland) gewünschte Errichtung eines All-Irlandrates, der die den beiden Teilen Irlands gemeinsamen Fragen in Handels-, Wirtschafts-, Fremdenverkehr, Stromversorgung behandeln, aber möglicherweise auch als politische Einrichtung einer irischen Wiedervereinigung dienen könnte. Aus Rücksicht auf die von den nordirischen protestantischen Rechtsradikalen bekundete Ablehnung einer solchen „Halbwegsstation“ zur Wiedervereinigung, konnte die britische Regierung den Dubliner Forderungen nur behutsam entgegenkommen und mußte immer wieder auf die Gegenleistung der von Dublin zwar ständig versprochenen, aber nicht rigoros durchgeführten Bekämpfung der IRA auf südirischem Gebiet bestehen.

Annäherung zwischen London und Dublin

Das vielleicht wichtigste politische Ereignis seit der britischen Übernahme der Direktgewalten war das Treffen im letzten Dezember in Sunningdale bei London der britischen und irischen Regierungschefs sowie der Führer der neugeschaffenen nordirischen Koalition. Ein Abkommen wurde unterzeichnet, das das vorgesehene neue nordirische Regierungssystem auf der Grundlage der „geteilten Gewaltenausübung“, also einer großen Koalition, und auch die Einführung des All-Irlandrates festlegte. Die Bedeutung von Sunningdale liegt vor allem in der allgemeinen Anerkennung des Nordirlandkonflikts als ein im wesent-

lichen „irisches“, nicht ausschließlich Großbritannien angeheudes Problem. Die britische Regierung, unterstützt von der Labour Party, die nach ihrem Amtsantritt diese Politik bekräftigt hat, konzidiert Dublin heute das Recht, die irische Einheit mit friedlichen Mitteln anzustreben, das es der irischen Regierung noch vor drei Jahren streitig gemacht hatte. Dublin seinerseits hat sich zu der Anerkennung der nordirischen politischen Realitäten durchgerungen und zur Priorität einer funktionsfähigen nordirischen Regierungskoalition als erstem Schritt zu einer Dublin-Belfaster Annäherung anstatt der vorläufig noch unerreichbaren irischen Wiedervereinigung.

Zur Besiegelung dieser ihrer Haltung hat die Regierung Cosgrave am 13. März 1974 offiziell erklärt, was bis dahin nur stillschweigend zugestanden worden war, nämlich daß Nordirland vorläufig und in der voraussehbaren Zukunft zum Bereich des Vereinigten Königreichs gehört und darin verbleiben werde, es sei denn, eine Mehrheit der Bevölkerung Nordirlands würde sich anders entscheiden. Diese eindeutige Erklärung steht vorläufig zwar noch im Widerspruch zu dem nach wie vor in der irischen Verfassung ausgedrückten Jurisdiktionsanspruch auf die gesamte Insel, dessen Veränderung nur durch eine Volksabstimmung möglich wäre. Die darauf fixierten Befürchtungen der rechtsradikalen Gruppen Nordirlands sind daher nicht beseitigt worden. Es war bezeichnend, daß in den britischen Unterhauswahlen vom 28. Februar 1974 11 von 12 nordirischen Wahlkreisen, die früher der Unionistischen Partei nahestanden und mit der britischen Konservativen Partei liiert waren, Abgeordnete nach Westminster entsendeten, die den Wahlkampf als „anti-Sunningdale“-Kandidaten, also gegen die „pro-Sunningdale“-Gruppierung Brian Faulkners geführt hatten. Angesichts der Minderheitsstellung der Labourregierung, kommt dieser Gruppe in Westminster gegenwärtig besonderes Gewicht zu, das sie gegen die gewählte nordirische Volkskammer und den geplanten Irlandrat in die Waag-

schale werfen will. Die drei britischen Parteien sind ihrerseits nicht bereit, von den Sunningdale-Abmachungen abzuweichen und das von den Politikern der Mäßigung in Nordirland so schwer erkämpfte neue Einvernehmen zwischen London, Belfast und Dublin zu gefährden.

Inzwischen dauern IRA-Terrorismus und die von den rechtsradikalen Gegnern begangenen Anschläge fort. Es ist vorläufig nicht damit zu rechnen, daß Großbritannien trotz der schweren Opfer an Leben junger Soldaten, der Zivilbevölkerung und den ungeheuren Kosten, Nordirland wirtschaftlich zu halten, dem Vorbild des amerikanischen Vietnam-Abzuges folgen werde. Ein solcher Truppenabzug würde nur dazu dienen, die Minderheit ganz hilflos der blutigen Rache der Mehrheit auszuliefern. Großbritannien hat bitter dafür zu büßen, ein halbes Jahrhundert lang seine Hände vor dem Irlandproblem gewaschen und die protestantischen Machthaber in Belfast nicht der auf britischem Boden gültigen Rechts- und Menschenrechtsordnung verpflichtet zu haben. So gerne die Briten möchten, ist dieses Vermächtnis ihrer Vergangenheit nicht so leicht loszuwerden, es sei denn, und das ist gar nicht so unmöglich, wie es scheint, die protestantischen Unionisten würden aus reinem Zorn darüber, von ihren vermeintlichen britischen Freunden im Stich gelassen worden zu sein, eine Verbindung mit Dublin dem Band nach Westminster vorziehen. Nach dreihundert Jahren würden auch sie nicht in Abrede stellen, daß ihnen der irische Charakter besser anstünde als der englische. Das wäre die größte Ironie der tragikgeladenen Geschichte Irlands, mit der zweifellos auch die entscheidende Abfuhr für die grünen und roten Partisanen Nordirlands verbunden wäre. Sie hätten ihren Kampf dann ohne den traditionellen englischen Erbfeind Irlands fortsetzen müssen und in dem Bewußtsein, daß Dynamit und Morde ihnen auch irische Herzen nicht gefügiger machen würden.

Roland Hill

Tagungsbericht

Sucht und Sexualität

Zur Freiburger Sozialtherapiewoche 1974

Der Verfasser des folgenden Berichts über die erste Freiburger Woche für Sozialtherapie, Dipl.-Psych. Franz Dittmar, ist Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für Psychiatrie in München. Sein Arbeitsfeld ist vornehmlich die Erforschung von Techniken zur Verhaltenstherapie sexueller Störungen und des Alkoholismus.

Zum erstenmal wurde vom 2. bis 6. April 1974 vom Deutschen Caritasverband eine Freiburger Sozialtherapiewoche veranstaltet. Künftig soll eine solche Woche jährlich unter wechselnder Themenstellung als ein überschaubares Forum interdisziplinärer kollegialer Begegnung stattfinden. Die Veranstalter wenden sich an alle Berufsgruppen, deren